

Sehr geehrte Damen und Herren,

kennen Sie eigentlich den „Bachelor of Laws“? Das ist glücklicherweise keine weitere RTL-Rosenkavalier-Serie, sondern ein berufsqualifizierender Abschluss in den Rechtswissenschaften. Wir wollen, dass dieser Abschluss bald Jurastudierenden einen alternativen Weg ins Berufsleben ermöglicht. **Auf Druck unserer FDP-Fraktion wird die NRW-Landesregierung nun endlich aktiv** und geht erste Schritte, um den neuen Abschluss einzuführen.

Weniger erbaulich ist: Laut Branchenverband DEHOGA ist die Existenz von 12.000 Betrieben durch das Auslaufen des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Speisen im Januar 2024 bedroht. Bereits zu Corona-Pandemiezeiten wurden zahlreiche Existenzen vernichtet. Und aktuell setzen die Kosten den Betrieben enorm zu. Wir wollen eine neue Schließungswelle in der Gastronomie verhindern. Die Unternehmerinnen und Unternehmer und ihre Angestellten benötigen Perspektive und Planungssicherheit. Deshalb sagen wir: reduzierte Umsatzsteuer auf Speisen beibehalten! Wir haben in der vergangenen Plenarwoche des Landtags NRW die schwarz-grüne NRW-Landesregierung **nachdrücklich dazu aufgefordert**, sich im Bundesrat für die Beibehaltung des reduzierten Umsatzsteuersatzes von 7 % für die Gastronomie einzusetzen.

Große Herausforderungen - dynamische Plenardebatten

In den Plenardebatten am vergangenen Mittwoch ging es außerdem um unseren Antrag für ein **Gesetz zum Bürokratieabbau** in NRW. Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann macht auf Bundesebene gerade vor, wie es geht. Diesem Vorbild sollte die Landesregierung NRW folgen. Denn Bürokratieabbau ist ein Entlastungsprogramm zum Nulltarif. Außerdem stand auf der Tagesordnung unter anderem die Erste Lesung zum Entwurf der Landesregierung für das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2024**.

Und sicherlich haben Sie es mitbekommen: NRW hat bundesweit die größten Grundschulklassen. Im Schnitt sitzen 23,5 Kinder in einer Klasse. Und gleichzeitig herrscht Lehrermangel. In einer „**Aktuellen Stunde**“ am **Donnerstag** diskutierten die Abgeordneten über die Gründe und mahnten dringenden Handlungsbedarf an. Grundlage der Debatte war unser FDP-Antrag. Denn wir sagen: So darf es nicht weitergehen!

Anschließend beschäftigte sich das Landesparlament u. a. mit unserem Antrag „Geldkarte statt Bargeld“, mit dem wir Bürokratie und Fehlanreize bei den Asylerleistungen reduzieren wollen. Marc Lürbke erläuterte unsere Forderungen **in seiner Rede**. Hitzige Wortgefechte löste die **Debatte zur Notlage in Schulen mit Offenem Ganztag** aus. Die Landesregierung muss jetzt endlich handeln. Denn wenn kein Geld ins System kommt, werden wir Plätze und Träger verlieren!

Braunkohleausstieg 2030: Energiepolitik im Blindflug

Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) hat am Freitag im Landtag die „Leitentscheidung“ der NRW-Landesregierung für den Braunkohleausstieg 2030 beschrieben. Was die Ministerin leider verschwieg: Um die Energielücke durch den vorgezogenen Ausstieg 2030 in NRW zu decken, braucht es 1.500 Windräder, Photovoltaik auf der Fläche von 15.000 Fußballfeldern und acht große Gaskraftwerke. „Es wäre Aufgabe dieser Landesregierung gewesen darzustellen, wie

das alles umgesetzt werden soll“, **mahnte unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne in seiner Rede**.

Das Thema der darauffolgenden zweiten „Aktuellen Stunde“ der Plenarwoche war der Wegfall der 1.000-Meter-Abstände beim Windkraftausbau. Unser energiepolitischer Sprecher Dietmar Brockes machte deutlich, dass der schwarz-grüne Schlingerkurs die Ausbauziele gefährdet.

Wir wollen neues Wirtschaftswachstum, beste Bildung für alle Kinder und Jugendlichen und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die aktuellen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen sind groß. Diese Landesregierung muss endlich aufwachen und ins Handeln kommen!

Libérale Grüße und eine erfolgreiche Woche

Marcel Hafke Parlamentarischer Geschäftsführer



NRW-Grundschulen: Proppenvolle Klassenzimmer

Grundschülerinnen und Grundschüler in Nordrhein-Westfalen besuchen im bundesweiten Durchschnitt die größten Klassen – also die vollsten. Da die Schulanmeldungen 2024 kurz bevorstehen, fragen sich Schulen wie Eltern, wie groß die Klassen im kommenden Jahr werden (müssen). Wir wollten mit einer **Aktuellen Stunde** zum Thema „Das proppenvolle Klassenzimmer“ wissen, wie sich die Landesregierung zu dieser Herausforderung positioniert - und mit welchen Maßnahmen Abhilfe geschafft werden soll.

FDP-Anträge dieser Plenarwoche im Überblick:

1. Den wirtschaftlichen Niedergang in Nordrhein-Westfalen stoppen – Bürokratieentlastung jetzt umsetzen
2. Der Rezession in Nordrhein-Westfalen entgegenwirken – Bürokratieentlastung jetzt umsetzen
3. Kinderschutz in Theorie und Praxis stärken: Eine Professur für Kinderschutz und Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen einrichten
4. Attraktivitätssteigerung und Modernisierung des Jura-Studiums – NRW braucht den integrierten Bachelor im Studium der Rechtswissenschaften
5. Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen stärken
6. Neue Belastungen für die Gastronomiebetriebe zum Jahresbeginn 2024 verhindern – Reduzierten Umsatzsteuersatz auf Speisen bis auf Weiteres beibehalten
7. Kita-Helfer und Sprach-Kitas sichern. Angebot der Opposition annehmen und kurzfristig erste Teile der Kibiz-Revision umsetzen

8. **Persönliche Daten von unschuldig Verfolgten müssen sicher und für die Betroffenen nachprüfbar gelöscht werden**
9. **Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiter unterstützen – durch Crowdfunding-Plattformen!**
10. **Mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen den Traum vom Wohneigentum erfüllen – Land muss Wortbruch bei der Grunderwerbsteuerentlastung unbedingt vermeiden**
11. **Lebensmittelversorgung sichern – Wissenschaftliche Erkenntnisse im Pflanzenschutz anerkennen**
12. **Geldkarte statt Bargeld – Bürokratie und Fehlanreize bei den Asylerleistungen reduzieren!**
13. **Wettbewerbsfähigkeit steigern, Wirtschaftsstandort stärken, das Klima schonen – mit Lang-Lkw werden diese Ziele erreicht – Nordrhein-Westfalen muss sich bekennen**
14. **Das proppenvolle Klassenzimmer: NRW-Grundschulklassen sind im bundesweiten Vergleich am größten und es ist keine Besserung in Sicht**



Energiepolitischen Blindflug beenden – Strukturwandel in NRW zum Erfolg machen

Die NRW-Landesregierung aus CDU und Grünen hat mit dem vorgezogenen Kohleausstieg im Jahr 2030 **einen energiepolitischen Blindflug** gestartet. Die Entscheidung ist weder umweltfreundlich noch wirtschaftlich sinnvoll. Sie gefährdet die Energiesicherheit und die Versorgungssicherheit des Landes und erschwert den Strukturwandel im Rheinischen Revier.